

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

25. Januar - 31. Januar 2025

Der von der Nationalversammlung abgelehnte, aber vom Senat angenommene Haushaltsgesetzentwurf, wird ab Donnerstag, dem 30. Januar von einem gemischten paritätischen Ausschuss behandelt. In der gemischten Kommission werden sieben Abgeordnete der Nationalversammlung und sieben Senatoren versuchen, sich auf einen gemeinsamen Haushalt zu einigen, der dann am 3. Februar der Nationalversammlung vorgelegt werden soll. Bayrou kann den Haushalt dann entweder von den Abgeordneten beschließen lassen oder Artikel 49.3 der Verfassung anwenden, der die Verabschiedung des Haushalts ohne die Zustimmung der Abgeordneten ermöglicht. In diesem Fall hätten die Abgeordneten die Möglichkeit, einen Misstrauensantrag zu stellen. Sollte dieser angenommen werden, wäre die Regierung Bayrou ebenso gescheitert wie die Regierung Barnier. Sollte der Text jedoch angenommen werden, würde er an den Senat weitergeleitet. Dort hat die Regierungsbündnis eine Mehrheit und die Verabschiedung des Haushalts sollte möglich sein. Sollte der gemischte Ausschuss zu keiner Entscheidung kommen, würde das Haushaltsgesetz in seiner letzten Form (vom Senat am 23. Januar verabschiedet) der Nationalversammlung vorgelegt werden und dann den üblichen Weg Nationalversammlung - Senat - Nationalversammlung gehen.

Die Herausforderung für die Regierung von François Bayrou besteht derzeit darin, einen Haushalt zu verabschieden, der nicht von den Sozialisten abgelehnt wird, sondern ihnen gewisse Zugeständnisse macht, ohne die Unterstützung der Rechten zu verlieren. Die Sozialisten, die die Verhandlungen über den Haushalt mit der Regierung nach den Äußerungen von Premierminister François Bayrou zur „Überflutung“ mit Migranten von Mayotte vorübergehend ausgesetzt hatten, bleiben jedoch über die jüngsten Verhandlungen auf dem Laufenden, heißt es aus Kreisen von *Les Républicains*. Darüber hinaus werden die parlamentarischen Spitzen der Sozialistischen Partei, Boris Vallaud für die Nationalversammlung und Patrick Kanner für den Senat, in dem gemischten paritätischen Ausschuss anwesend sein. François Bayrou sprach von einem „Gefühl der Überflutung“ in Bezug auf die Migration in Frankreich. Er erinnerte daran, dass nicht nur Mayotte mit diesem Problem konfrontiert sei und fügte hinzu, dass „ein ganzes Land, eine ganze Gemeinschaft französischer Departements [...] mit Wellen illegaler Einwanderung konfrontiert“ sei.

David Lisnard (*Les Républicains*) plädiert für Vorwahlen innerhalb der Mitte-Rechts-Parteien im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2027. Der Bürgermeister von Cannes und Präsident des französischen Bürgermeisterverbandes spricht sich in Ermangelung einer „natürlichen und offensichtlichen Führungspersonlichkeit“ für eine parteiinterne Beratung aus. Auf die Frage nach einer möglichen Präsidentschaftskandidatur erklärte David Lisnard am 29. Januar, er sei „hoch motiviert, Hoffnung zu wecken, um die Gesellschaft zu befreien, den Staat zu führen, die Ordnung wiederherzustellen und das Land zu vereinen“. „Vielleicht kann man eine echte Alternative auf der Grundlage starker Prinzipien, klarer Projekte und mit neuen Persönlichkeiten finden“, betonte er.

Präsident Emmanuel Macron hat ein ehrgeiziges Renovierungs- und Erweiterungsprojekt für das Louvre-Museum angekündigt, nachdem die Direktorin des Louvre, Laurence Des Cars, in einem Schreiben an die Kulturministerin Rachida Dati „ein beunruhigendes Maß an Überalterung“ des Gebäudes angeprangert hatte. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören die Schaffung eines neuen Eingangs an der Ostfassade, um den Eingang an der Pyramide zu entlasten, sowie die Einrichtung neuer Empfangsbereiche unter dem Cour Carrée. Ziel ist es, die Kapazität des Museums von 9 auf 12 Millionen Besucher pro Jahr zu erhöhen. Für die Mona Lisa soll im Zuge der Renovierungsarbeiten ein eigener Raum mit separatem Zugang eingerichtet werden. Bis Ende 2024 wird ein Architekturwettbewerb zur Auswahl des Projekts ausgeschrieben, das spätestens 2031 fertiggestellt sein soll. Die Finanzierung wird hauptsächlich vom Louvre selbst getragen werden, und zwar durch ein neues Tarifsystem für nichteuropäische Touristen, Fundraising und private Partnerschaften. Der Staat wird nur einen kleinen Teil übernehmen, insbesondere für die vorbereitenden Studien.

Die französische Nationalversammlung verbietet Telefonwerbung ohne vorherige Zustimmung. Die verabschiedete Regelung sieht eine Umkehrung des Prinzips der Telefonwerbung vor, indem die Unternehmen verpflichtet werden, vorab die Zustimmung aller Verbraucher einzuholen. Der Text, der in erster Linie darauf abzielt, die rechtlichen Instrumente zur Bekämpfung von Betrug im Zusammenhang mit öffentlichen Subventionen, insbesondere im Bereich der energetischen Sanierung, zu stärken, enthält auch Maßnahmen zur Prävention. Ein Artikel, der insbesondere darauf abzielt, die aggressiven und oft betrügerischen Werbeanrufer bestimmter Unternehmen einzuschränken, wurde erheblich überarbeitet, um ein allgemeines Verbot unerwünschter kommerzieller Telefonwerbung aufzunehmen.

Die französische Nationalversammlung hat zwei Resolutionen gegen das Handelsabkommen zwischen der EU und Mercosur verabschiedet. In einer ersten Resolution fordert die linkspopulistische Partei *La France Insoumise* die französische Regierung dazu auf „der Europäischen Kommission ihre Ablehnung des Abkommens zu signalisieren“ sowie „ihre Ablehnung“ einer Annahme „unter Umgehung der Ratifizierung durch die nationalen Parlamente“. Der von der *Parti Socialiste* eingebrachte Text enthält die gleichen Bestimmungen, geht aber noch weiter, indem er die Verankerung von „Spiegelmaßnahmen“ im EU-Recht fordert, die Exporteure in die EU dazu verpflichten sollen, die auf dem alten Kontinent geltenden Sozial- und Gesundheitsstandards einzuhalten.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der ehemalige Premierminister **Gabriel Attal** startet als neuer Vorsitzender der Präsidentenpartei *Renaissance* eine Kommunikationskampagne. Auf mehreren Plakaten präsentiert sich der 35-Jährige als Gegner der linkspopulistischen *La France Insoumise* und des rechtspopulistischen *Rassemblement National*. Im Zentrum der Kampagne steht ein Plakat mit dem Konterfei von Gabriel Attal, flankiert von den prägenden Figuren der beiden populistischen Parteien Jean-Luc Mélenchon (*LFI*) und Marine Le Pen (*RN*), dazu der Slogan: „Nein zur Unordnung. Weder *LFI* noch *RN*. Nationale Erneuerung“. Mit diesem und zwei weiteren Plakaten will Attal, nun an der Spitze von *Renaissance*, die von Emmanuel Macron gegründete Partei wiederbeleben.

DIE ZAHL DER WOCHE

117.000

Das französische Arbeitsministerium hat am 27. Januar die neuesten Zahlen veröffentlicht, die einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit zeigen. Laut Dares, der Forschungsabteilung des Ministeriums, ist die Zahl der arbeitslosen Arbeitssuchenden im vierten Quartal im Vergleich zum dritten Quartal um 3,9 % gestiegen. In nur drei Monaten gab es 117.000 mehr Arbeitslose, wodurch die Zahl der Menschen ohne Arbeit auf 3,1 Millionen stieg (und auf 5,5 Millionen, wenn man die Arbeitssuchenden mit reduzierter Aktivität mitzählt). Dies ist der stärkste Anstieg der Arbeitslosigkeit seit einem Jahrzehnt - mit Ausnahme der Phase der Covid-19-Krise.

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
			1